

Parlament

Worb, 17. März 2026

438. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 16. März 2026, 19:30 Uhr

Sitzungsende 21:15 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Leitung Marchand Andy (FDP), Präsident

1. Vizepräsidentin Moser-Utiger Silvia (EVP)

2. Vizepräsident Bützberger Ernst (Mitte)

1. Stimmzählerin Federer Guido (SP)

2. Stimmzähler Steinmann Hans Ulrich (SVP)

Mitglieder

Ataç Şengül (Grüne)

Brincker Julia (Grüne)

Burkhard Urs (Grüne)

Gerber-Maillefer Myriam (Grüne)

Kühni Reto (Grüne)

Mosimann Heidi (Grüne)

Bieri Marianne (FDP)

Eberhart Marc (FDP)

Gasser Thomas (FDP)

Hager Rolf (FDP)

Stucki Daniel (FDP)

Cetin Christopher (EVP)

Cetin Mayk (EVP)

Graf Stefan (GLP)

Hofmann Danilo (Mitte)

Jost-Pfister Catarina (GLP)

Spahr Daniela (GLP)

Stähli Naemi (Mitte)

Wyss Eduard (Mitte)

Zürcher Deborah (parteilos)

Bigler Markus (SVP)

Brentani Barbara (SVP)

Fivian Hans Ulrich (SVP)

Juliano Philipp (SVP)

Moser Stefan (SVP)

Reber Markus (SVP)

Thomet Katharina (SVP)

Hodler Adrian (SP)

Marthaler Matthias (SP)

Maurer Rolf (SP)

Wirth Alfred (SP)

Abwesend	Günther Charlotte (SP) Meister Stefan (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Wyss Ursula (SP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Fivian Bruno Gerber Urs Lanfranconi Elena (bis 20.55 Uhr; Geschäft Nr. 5) Moser Christoph Zingg Stephan
Abwesend	Hauser Adrian
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 2. Februar 2026: Genehmigung
3. 10/10/11 Sportzentrum Worb AG
Sportzentrum Worb AG; Sicherstellung der Liquidität: Kreditbewilligung
4. 12/0/0 Parlament
Einführung Jugendvorstoss; Änderung der Gemeindeordnung: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten
5. 12/0/0 Parlament
Stellvertretung im Parlament; Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über die Abstimmungen und Wahlen: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten
6. 12/50/1 Informationskonzept
"Gemeindekommunikation", einfache Anfrage der Mitte/GLP-Fraktion: Stellungnahme
7. 41/82 Familienpolitik
"(Familiäre) Kinderbetreuung in Worb", Interpellation der Grüne-Fraktion: Stellungnahme
8. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Wahl Ersatzstimmenzähler/in

Beschluss:

Da sich Charlotte Günther, SP für die Sitzung entschuldigt hat, wird Guido Federer, SP als Ersatzstimmenzähler für die Sitzung gewählt.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 438	16.03.2026	1	2025/28-80	38856	12/0/0

Hodler Adrian, ASK: Die Aufsichtskommission kontrolliert unter anderem, ob die Verwaltungsorganisation der Gemeinde korrekt umgesetzt wird und ob die Behörden und die Verwaltung die gesetzlichen Vorschriften gemäss Art. 52 Abs. 2 Bst. a und b der Gemeindeordnung einhalten. Zu diesem Zweck bearbeitet die ASK sogenannte Schwerpunktthemen. Kürzlich hat die ASK ein Schwerpunktthema betreffend korrekte Traktandierung von Parlamentsgeschäften abgeschlossen. Gerne erstatte ich im Namen der Aufsichtskommission Bericht zu unserer Arbeit und den Erkenntnissen. Anlass zu diesem Schwerpunktthema hat folgende Begebenheit gegeben. In der ursprünglichen Fassung der Traktandenliste für die GGR-Sitzung vom 24. Juni 2024 war ein Traktandum betreffend Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeugs vorgesehen. In der definitiven Fassung der Traktandenliste war dieses Traktandum aber nicht mehr vorhanden. An der GGR-Sitzung ist dann das Traktandum auch nicht behandelt worden. Der Vorsteher des Departements Sicherheit hat informiert, dass das Geschäft an der vorangehenden Gemeinderatssitzung durch den Gemeinderat an das Departement zur Überarbeitung zurückgewiesen worden sei und darum liege auch kein Geschäft vor, das der GGR behandeln könnte. In der Folge ist nachher in der ASK die Frage aufgekommen, ob es zulässig war, dass der Gemeinderat in dem Sinne eigenmächtig ein eigentlich schon traktandiertes GGR-Geschäft wieder von der Traktandenliste hat entfernen können und dürfen. Die Abklärungen der ASK haben zusammengefasst folgendes ergeben. Die Traktandierung von GGR- bzw. Parlamentsgeschäften ist in der Regel so abgelaufen, dass das Büro des Parlaments bzw. des GGR in der 5. Woche vor der Sitzung einen durch die Verwaltung erstellten Entwurf einer Traktandenliste für die nächste Parlamentssitzung bekommen hat. Die Verabschiedung von dieser Traktandenliste hat meistens im Zirkularverfahren ohne physische Sitzung des Büros stattgefunden, ausser wenn das nötig gewesen wäre. In diesem Zirkularverfahren ist in der Regel jeweils der Beschluss gefasst worden, dass der Präsident des Büros und der Ratssekretär ermächtigt wurden, die Traktandenliste in dringenden Fällen nach Rücksprache mit dem Gemeinderat zu ändern. Der Gemeinderat wiederum hat jeweils spätestens am Montag in der dritten Woche vor der Parlamentssitzung das Geschäft verabschiedet, das er dem Parlament unterbreiten wollte. Wenn dann der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, dass das Geschäft, das auf dieser, schon durch das Büro verabschiedeten, Traktandenliste gestanden ist, trotzdem nicht behandelt werden soll, konnte er das an der Sitzung in der dritten Woche vor der Parlamentssitzung beschliessen und das ist in unserem Fall oder in diesem interessierenden Fall betreffend Tanklöschfahrzeuge auch passiert, indem eben das Geschäft vom Gemeinderat an das Departement zurückgewiesen wurde. Zu diesem ganzen Ablauf kommt noch dazu, dass die definitive Traktandenliste spätestens am Dienstag in der dritten Woche vor der Parlamentssitzung am Morgen um 8.00 Uhr beim Anzeiger eingetroffen sein muss, das heisst am Tag nach der Gemeinderatssitzung. Wegen dem engen Zeitplan ist darauf verzichtet worden, die allenfalls noch angepasste Traktandenliste noch einmal dem Büro zur Absegnung vorzulegen. Sobald die Traktandenliste im Anzeiger veröffentlicht wurde und an die Mitglieder des Parlaments verschickt wurde, hat, und das ist auch immer noch so, nur noch das Parlament eine Änderung dieser Traktandenliste beschliessen können. Aus Sicht der

Aufsichtskommission ist die gesetzliche Situation klar. Gemäss Art. 14 Abs. 1 Bst. a der Geschäftsordnung des Parlaments steht dort folgendes: "Das Büro erstellt nach Anhören des Gemeinderates die Traktandenliste für die Sitzungen des Parlaments." Das heisst, das Recht und die Pflicht, die definitive Traktandenliste für das Parlament zu erstellen, kommt dem Büro zu. Deshalb fehlt es aus der Sicht der ASK an einer gesetzlichen Grundlage, dass der Gemeinderat eigenmächtig, das heisst ohne Einbezug des Büros, die Traktandenliste des Parlaments abändern kann. Es ist aus unserer Sicht auch keine ausdrückliche andere gesetzliche Grundlage ersichtlich, die ein solches Vorgehen zulassen würde. Mit Blick auf die gesetzlichen Vorgaben kann man sich sogar fragen, ob die Praxis, dass der Präsident des Büros und der Ratssekretär des Büros ermächtigt werden, nach Rücksprache mit dem Gemeinderat die Traktandenliste ausnahmsweise anzupassen, überhaupt zulässig ist. Insgesamt ist nachher die ASK zum Schluss gekommen, dass man entweder die gesetzlichen Grundlagen oder die zeitlichen Abläufe anpassen müsste, um eine saubere Lösung betreffend Zuständigkeiten bei der Traktandierung von Parlamentsgeschäften zu erreichen. Die ASK hat nachher ihre Abklärungen und die entsprechenden Schlussfolgerungen in einem internen Bericht zusammengefasst. Den Bericht wiederum haben wir dem Gemeinderat zu der Stellungnahme zugestellt. Der Gemeinderat hat in der Folge zuhanden der ASK Stellung genommen. Zusammengefasst hat er geantwortet, dass die bisherigen Abläufe tatsächlich nicht immer befriedigend gewesen seien, gerade wegen dem engen Zeitplan. Die Abteilungsleiter-Konferenz hat darum bereits im Mai 2025 mit der Anpassung der Abläufe reagiert. So soll jetzt die zweite Lesung von Geschäften im Gemeinderat grundsätzlich spätestens in der 5. Woche vor der Parlamentssitzung erfolgen. Nur bei jährlich wiederkehrenden Geschäften wie Budget, Jahresrechnung oder Vorschau und bei Geschäften, wo eine kurzfristige Behandlung gesetzlich vorgeschrieben ist, gelten weiterhin die bisherigen Fristen für die Behandlung im Gemeinderat. Mit dieser Handhabung wird, so der Gemeinderat, das von der ASK geschilderte Problem grundsätzlich entschärft. Sofern die Praxisänderung tatsächlich umgesetzt wurde oder umgesetzt wird, teilt die Aufsichtskommission die Ansicht des Gemeinderates, dass damit die geschilderte Problematik mit der Traktandierung massgeblich entschärft wird. Die Aufsichtskommission verzichtet darum darauf, dem Parlament weitergehende Anträge, zum Beispiel zur Anpassung von gesetzlichen Grundlagen, zu stellen. Aus Sicht der ASK hat sich das Thema erledigt. Es liegt sonst auf allen Fällen am Parlament, allenfalls noch weitere Schritte in den Weg zu leiten. Dazu steht die ASK gerne für Auskünfte zur Verfügung und der Bericht der ASK und die Stellungnahme des Gemeinderates können bei Interesse bei der ASK bezogen werden.

Lanfranconi Elena, Departementsvorsteherin Soziales: Ich habe nur eine kurze Mitteilung, die die meisten wahrscheinlich schon mitbekommen haben. Ich bin noch einmal hier bezüglich dem Tag der Vereine. Im Rahmen der Ausarbeitung des Programms für den Tag der Vereine haben wir in der Sozialbehörde entschieden, dass wir zuerst, bevor wir etwas planen, eine Umfrage bei den Vereinen machen, um die Bedürfnisse abzuholen, was ist möglich, was wird gewünscht für den Tag der Vereine. Es sind relativ viele Rückmeldungen eigentlich zurückgekommen. Die waren aber sehr durchzogen, vor allem, was den zeitlichen Rahmen anbelangt. Die Freiwilligen, die sich in Vereinen engagieren, sind schon sehr stark zeitlich eingebunden und dann ist einfach ein weiterer Termin für den Tag der Vereine gar nicht so oder hat auch gar nicht so einem Bedürfnis entsprochen. Aufgrund dessen haben wir uns entschieden, dass wir den Tag der Vereine in dieser Form, wie er das letzte Mal stattgefunden hat, absagen und haben die Vereine bereits informiert und ich wollte das jetzt hier einfach auch noch offiziell machen mit einer Begründung. Wir überlegen in der Sozialbehörde mit diesen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, wie wir das Geld einsetzen können, damit das den Vereinen und vor allem der Freiwilligenarbeit zugutekommt.

Protokoll der Sitzung vom 2. Februar 2026: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 438	16.03.2026	2	2025/28-81	38856	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Sportzentrum Worb AG; Sicherstellung der Liquidität: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 438	Datum 16.03.2026	Traktandum 3	Beschlussnummer 2025/28-82	Geschäftsnummer 39369	Archivnummer 10/10/11
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Gerber-Maillefer Myriam, GPK: Die GPK hat das Geschäft studiert und alle Unterlagen, die bereits gestellt wurden, genau angeschaut. Wir haben festgestellt, dass es in den Unterlagen fehlt, dass die Spezialkommission informiert wurde. Und wir haben auch noch die Frage gestellt, was passiert mit einer Rückzahlung des Darlehens. Aber insofern haben wir gefunden, dass das alles vollständig ist und wir beantragen dem Parlament, das Geschäft zu behandeln.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Vielen Dank für die zwei Bemerkungen von Seiten der GPK zu diesem Geschäft. Die Spezialkommission hat das Geschäft am 1. Dezember 2025 vorberaten, ist also wesentlich mehr als nur informiert worden. Wir haben danach eine Änderung vorgenommen und anschliessend die überarbeitete Fassung am 6. Januar erneut der Kommission per Mail mit der Bitte um eine Rückmeldung zugestellt. Es ist nichts eingegangen. Wir haben das Geschäft im Gemeinderat und nachher auch in der FIKO behandelt. Jetzt zur Frage, warum ist die Haltung der vorberatenden Kommission nicht erwähnt worden? Da verzichten wir darauf, die Haltung zu erwähnen, wenn der Gemeinderat die Haltung der Kommission teilt und nicht irgendwie eine Änderung vornimmt. Sonst müsste man sagen, die Kommission sieht es so und der Gemeinderat sieht es anders, aber hier war die Haltung des Gemeinderates und der vorberatenden Kommission genau die gleiche. Nachher zur Frage wegen dem Darlehen. Gemäss unserem Antrag werden dann die benötigten Mittel durch den Gemeinderat auf Gesuch des Verwaltungsrats freigegeben und ihr seht bei der Formulierung des Antrags, dass die freigegebenen Mittel einfach das bestehende Darlehen erhöhen. Das heisst, es wird kein neues Darlehen definiert und die freigegebenen Mittel unterliegen somit den Rahmenbedingungen des bestehenden Darlehens und dafür gibt es bekanntlich keine Rückzahlungspflicht und es ist auch zinslos gewährt worden.

Eberhart Marc, FDP: Die FDP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen, allerdings, wie man so schön sagt, mit einem leichten Zähneknirschen. Wir versteht zwar die Situation des Wisleyparks sehr gut. Der Betrieb ist für Worb, für Familien, Vereine und alle anderen wichtig. Es wäre jetzt kaum sinnvoll, den Betrieb wegen einem Liquiditätsengpass zu gefährden. Ich bin in der Fliegerei tätig, darum erlaube ich mir einen kleinen Vergleich. Heute bewilligen wir gewissermassen eine Art Treibstoffreserve, damit das Flugzeug überhaupt zum Zielflughafen kommt und nicht im Holding über Worb, wo wir jetzt gerade im Moment sind, die Tanks leer werden. Wichtig ist aber, wenn wir nachher gelandet sind, reicht es nicht, einfach wieder zu tanken und gerade wieder weiterzufliegen. Nein, dann braucht es eine ordentliche Wartung und einen klaren Flugplan für die nächste Etappe. Und genau das erwarten wir dann vom kommenden Sanierungsprojekt. Die FDP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit darum zu, mit Verständnis für die aktuelle Situation, aber auch mit der Hoffnung, dass wir in zwei Jahren nicht wieder zu der Notfallcheckliste greifen müssen.

Federer Guido, SP: Es gibt verschiedene Faktoren, die den Verlauf der Liquidität beeinflussen. Zum Beispiel das Sommerwetter, Defekte von Anlagen oder auch das Defizit des Gastros. Es macht aus dieser Sicht Sinn, dass man vorausschauend kommt, und den Kreditrahmen beantragt für die Liquidität. Liquidität könnte eigentlich durch das Unternehmen selbst beschafft werden. Man könnte zum Beispiel Vermögenswerte wie der Zamboni verkaufen, aber das macht nicht Sinn, weil das Problem dann einfach in Zukunft noch schlimmer macht und man nicht mehr wirtschaften kann. Die Beschaffung über einen Kredit ist also deutlich die bessere Lösung. Fehlende Liquidität, das führt zu Mahngebühren, Vertrauensverlust bei Lieferanten, eingeschränkte Handlungsfähigkeit oder im schlimmsten Fall muss man den Betrieb einstellen. Das Vertrauen ist immer schnell verspielt und wenn man es wieder aufbauen muss, geht es viel länger. Das ist also nicht eine gute Lösung. Das Sanierungsprojekt, wir haben es auch schon gehört, ist noch zu wenig weit für eine Abstimmung. Es braucht noch eine gewisse Zeit, bis wir darüber abstimmen können, wie es mit dem Wisleypark weitergehen soll. Es wäre ein grosser Schaden, wenn man den Wisleypark vor einer Abstimmung einstellen müsste. Die

Worber Bevölkerung soll über etwas abstimmen können, das es auch noch gibt. Für uns ist aber klar, dass der Kredit nicht gebraucht werden darf zur Finanzierung von Investitionen, sondern lediglich zur Sicherstellung der Liquidität. Es ist auch klar, dass die Gemeinde Kredite oder Geld deutlich günstiger aufnehmen kann und es deswegen gut ist, dass die Gemeinde den Kredit gibt und nicht der Wislepark zur Bank gehen muss. Deswegen stimmt die SP-Fraktion diesem Geschäft zu.

Bützberger Ernst, Mitte/GLP: 500'000 Franken, eine halbe Million reingeschossen in ein Fass ohne Boden. 500'000 Franken, bei denen wir nicht wissen, ob es überhaupt reicht. Das aktuelle Darlehen beträgt gemäss Geschäftsbericht 2024 schon 4'971'521.83 Franken, also fast 5 Millionen. Am 25. Juni 2010 hat man das halb leere Fass mit Namen Sportzentrum Worb AG durch den Zusammenschluss der Genossenschaft Badi, der Genossenschaft Eishalle und der Curlinghalle konstruiert, ein Fass mit magerem Inhalt und offenem Boden. Die fusionierten Anlagen waren schon damals nicht mehr im optimalen Zustand und die finanzielle Grundlage, die den Boden dieses Fasses bilden sollte, wurde erst gar nicht erstellt. Die Fantasie einer eierlegenden Wohl-milchfleischsäu in Form von "Gastro-Wellness-Fitness-Strategie" hat sich ebenso in die Luft aufgelöst, wie die Suchterfolge dieses vorgängig erwähnten Viehs. Aus diesem Grund ergibt sich in unseren Augen eine Verpflichtung, hier und jetzt korrigierend einzugreifen. Was also jetzt? In der nicht ständigen Kommission Wislepark haben wir unzählige Varianten durchgespielt. Wir haben sogar das Szenario eines Konkurses der AG ins Auge gefasst und versucht abzuwägen, was das für die Gemeinde finanziell und reputationsbezogen für Auswirkungen hätte. Man hätte ja dort die Anlage aus den Konkursmassen herauskaufen können und ja wie dann weiter? Die Mitte/GLP-Fraktion hat das alles intensiv diskutiert und möglichst alle Aspekte dieses Geschäfts gegeneinander gewichtet. Am liebsten wäre es uns gewesen, wenn wir die Finanzspritze nur auf Badi und Eisbahn hätten beschränken können, die Sparten, die uns vor allem am Herzen liegen. Fakt ist aber einfach, dass die Sportzentrum Worb AG notabene aus Badi, Eisbahn, Curling, Gastro, Wellness und Fitness besteht und wir im schlimmsten Fall nicht einfach nur unsere Herzensprojekte isoliert retten können. Wir sind der Überzeugung, dass der aktuelle Verwaltungsrat unbedingt eine gewisse finanzielle Rückendeckung und in dem Sinn unser Vertrauen in seine Arbeit braucht. Dieses Zeichen können und müssen wir hier jetzt setzen. So können die vier mutigen Männer, man muss es ja fast ein bisschen so sagen, ein bisschen befreiter und kreativer in die Zukunft planen und müssen nicht immer nur die Finanzierung der Unterhalts- und übrigen Kosten hinterherrennen. Auch wir werden zähneknirschend, es wäre, glaube ich, ein bisschen laut hier drin, wenn man das jetzt in echt machen würde, der Erhöhung des bestehenden Darlehens von 4'971'521.83 Franken um 500'000 Franken auf 5'471'521.83 Franken, also fast 5,5 Millionen, an die Sportzentrum Worb AG zustimmen. Auch wenn das Geld nur auf schriftlichen Antrag des Verwaltungsrates freigegeben wird, erwarten wir vom Gemeinderat und der Verwaltung eine enge Begleitung und Kontrolle, wie und für was der bewilligte Liquiditätszuschuss eingesetzt wird. Der FIKO könnte man dort vielleicht einen Auftrag geben, punktuelle Stichproben über die Verwendung durchzuführen.

Burkhard Urs, Grüne: Es gibt ein tolles Sprichwort "Vogel frisst oder stirb" und das sagt eigentlich aus, dass man keine echte Wahlmöglichkeit hat. Wir stehen bei diesem Geschäft wirklich vor einer ähnlichen Ausgangslage. Wir haben eigentlich nicht eine Wahl. Der Wislepark, wie wir es schon gehört haben, ist auf die Kreditzusage angewiesen, damit der Verwaltungsrat die nächsten Schritte bei den Sanierungsprojekten Schwimmbad und Kunsteisbahn planen kann und wenn irgendetwas passiert, dass sie auch rasch handeln können. Die Ausgangslage haben wir in der grünen Fraktion besprochen und uns für das "Fressen" entschieden, weil "Sterben" in diesem Fall eben keine Alternative ist. Wir von der Grüne-Fraktion werden dem Geschäft somit zustimmen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Ja, es ist doch so, der Wislepark liegt uns doch persönlich allen am Herzen. Wir sind selbst dort, wir haben Kinder, die sich dort bewegen, entweder im Wasser oder auf dem Eis und ja, wir verbringen alle zusammen gerne Zeit dort. Spätestens wenn es dann aber um das Politische geht, geht es dann wieder um das Eingemachte und dann müssen wir auch wieder alle zusammen sachlich werden. Worb ist aus unserer Sicht insbesondere wegen dem hohen Steuerfuss eher unattraktiv. Die Badi und die Eisbahn sind aber ein Worber Aushängeschild und tragen zur Steigerung der Standortattraktivität massgeblich bei. Trotzdem soll mit dem Geld sorgsam umgegangen sein, darum begrüssen wir die Rahmenbedingungen, die der Gemeinderat da beabsichtigt einzuführen im Zusammenhang mit dem Kredit. Das ist, glaube ich, wichtig. Alles andere ist von den Vorrednern schon gesagt worden. Die SVP-Fraktion wird dem Kredit zustimmen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Besten Dank für die gute Aufnahme von diesem Geschäft von allen Fraktionen. Einfach gerne noch zur Mitte/GLP-Fraktion, die 500'000 Franken werden nicht ausgehändigt. Der Gemeinderat bekommt einfach die Kompetenz im Rahmen von diesem Betrag eben die Mittel zu geben, die nötig sind für ein allfälliges Liquiditätsproblem zu beheben und das Darlehen wird nur um die freigegebenen Mittel erhöht, welche sie dann auch brauchen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 17 Abs. 2 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Sicherstellung der Liquidität der Sportzentrum Worb AG wird ein Verpflichtungskredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die benötigten Mittel werden durch den Gemeinderat nur auf Gesuch des Verwaltungsrates hin und mit Beschluss freigegeben. Durch die freigegebenen Mittel wird das bestehende Darlehen erhöht.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Einführung Jugendvorstoss; Änderung der Gemeindeordnung: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten

Sitzung Nr. 438	Datum 16.03.2026	Traktandum 4	Beschlussnummer 2025/28-83	Geschäftsnummer 37868	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Bieri Marianne, GPK: Die GPK hat das Geschäft eingesehen. Es ist nachvollziehbar und die Unterlagen sind komplett. Die GPK hat keine Anmerkungen und beantragt dem Parlament, das Geschäft zu behandeln.

Marthaler Matthias, SP: Vorweg, die SP-Fraktion unterstützt den Jugendvorstoss vorbehaltlos, aus Überzeugung. Wir beraten heute nicht einfach eine technische Änderung von unserer Gemeindeordnung, sondern eine grundlegende Weichenstellung für die politische Kultur in unserer Gemeinde. Worb hatte einst einen Jugendrat, dieses Gefäss gibt es jetzt aber heute nicht mehr, aber die Anliegen der Jugendlichen sind geblieben und sind noch da und verdienen einen strukturierten, verbindlichen Zugang zu unserem politischen System und genau das soll so ein Jugendvorstoss schaffen. Meine Tochter ist letzte Woche als eine von zwei Delegierten ihrer Klasse in den Schülerrat gewählt worden. Mein zweitältester Sohn ist erster Stellvertreter von seinen Schülerratsdelegierten und mein erster Sohn ist als Teil von der Schülerredaktion von der Worber Post, ein kritischer Beobachter der Vorgänge auf dem Schulareal und auch ein sehr kritischer Beobachter vor allem von seinem Vater und seiner politischen Meinung. Ihr könnt euch also vorstellen, wie es bei uns zum Teil am Mittagstisch zu und her geht und sie sind nicht immer meiner Meinung. Wenn wir unseren Kindern und unseren Jugendlichen im angemessenen Rahmen Teilhabe geben und sie dazu bringen, sich mit ihrer Umwelt und unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen, die Kraft der Argumente und der Debatte zu nutzen und zu respektieren, dann ist das genau das, was sie brauchen, um zu lernen, wie demokratische Prozesse funktionieren. Diese Vorlage ist klar, durchdacht, praktikabel und rechtlich sauber. Sie basiert auf bewährtem Modell und der Erfahrung von unseren Nachbargemeinden, die das zum Teil schon haben und erfolgreich praktizieren. Sie zeigen, dass Jugendpartizipation nicht nur möglich, sondern auch ein Gewinn sein kann. Der Jugendvorstoss ermöglicht Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren, Motionen und Postulate einzubringen, sofern sie mindestens 40 Mitunterzeichnende aus Worb finden, die dahinterstehen. Diese Schwelle entspricht den Regelungen der Vergleichsgemeinden und stellt sicher, dass nur ernsthafte, breit abgestützte Anliegen den Weg zu uns ins Parlament finden. Entscheidend ist dabei, dass die Jugendlichen ihren Vorstoss selber vortragen können. Das

stärkt nicht nur ihre politische Bildung, sondern auch ihr Verantwortungsgefühl und ihre Identifikation mit unserer Gemeinde. Gleichzeitig werden sie durch das Ratssekretariat verfahrensmässig unterstützt, damit formale Hürden niemanden ausschliessen sollten. Die Demokratie lebt davon, dass Menschen früh erfahren, dass ihre Stimme zählt. Der Jugendvorstoss fördert politische Kompetenz, stärkt das Vertrauen in demokratische Prozesse und bringt vielleicht auch neue Perspektiven zu uns in die Debatte. Befürchtungen, wonach dass die Verwaltung überlastet und das Instrument missbraucht werden, haben sich nirgends bestätigt. Die Zahl der Vorstösse sollte überschaubar bleiben, die Anliegen sollten konstruktiv sein und die Jugendlichen gehen verantwortungsvoll mit dem Instrument um. Wer 40 Unterschriften sammelt, beweist ja schon sein Engagement und seine Ernsthaftigkeit. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Vorlage ein wichtiger Schritt für eine lebendige, zukunftsgerichtete Demokratie in unserer Gemeinde ist. Sie ist pädagogisch wertvoll, sie ist gesellschaftlich sinnvoll und sie ist finanziell kaum belastend. Vor allem aber zeigt sie, dass Worb seinen jungen Menschen zuhört und sie ernst nimmt, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder ihrer Herkunft, ihrem sozialen Hintergrund. Wir geben den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen und die Verantwortung zu übernehmen

Brincker Julia, Grüne: Stellen Sie sich vor, Sie sind 16 Jahre alt, leben in Worb und haben eine Idee, wie man unsere Gemeinde verbessern könnte. Vielleicht fahren Sie, so wie ich damals, jeden Morgen den Stalden hinunter ins Wobo und denken sich, ein sicherer Veloweg hier wäre wirklich sinnvoll. Vielleicht fehlt Ihnen ein Ort, an dem Jugendliche ihren Freitagabend verbringen können. Und ich selbst hatte vor fünf Jahren noch viele solcher Ideen, kleinere Parks, einen Pumptrack, ein Skatepark, Outdoor-Fitnessgeräte, mehr Trinkbrunnen oder Events speziell für Jugendliche, zum Beispiel ein Jugendfestival. Viele Jugendliche haben solche Ideen, denn sie erleben unsere Gemeinde jeden Tag aus ihrer eigenen Perspektive. Doch heute haben sie kaum eine Möglichkeit, diese eigene Perspektive direkt in die Politik einzubringen. Jugendliche können sich zwar engagieren, zum Beispiel in Jugend- und Schulprojekten, in Vereinen oder in der Jugendarbeit, aber ein offizielles Instrument, um ihre Anliegen direkt ins Parlament zu bringen, fehlt bisher. Und genau hier setzt der Jugendvorstoss an. Mit dem Jugendvorstoss können Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren ihre Anliegen als Motion oder Postulat einreichen und dem Parlament vorlegen. Diese werden im Parlament behandelt und die Jugendlichen können ihre Anliegen sogar persönlich vertreten. Mit der Einführung des Jugendvorstosses wird zugleich die Motion der FDP-Fraktion als erfüllt abgeschrieben. Der Jugendvorstoss bringt viele Vorteile für unsere Gemeinde. Ich möchte fünf zentrale Argumente hervorheben. Erstens Stärkung der Demokratie und Integration. Demokratie lebt von Beteiligung. Der Jugendvorstoss gibt Jugendlichen als Teil unserer Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Stimme in der lokalen Demokratie einzubringen. Gleichzeitig kann er zur Integration beitragen, da auch Jugendliche ohne Schweizer Staatsbürgerschaft teilnehmen können. Gerade in Quartieren wie Rüfenacht oder Scheyenholz ist es wichtig, junge Menschen früh in politische Strukturen einzubringen und zu zeigen, dass sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind. Zweitens, politische Bildung. Der Jugendvorstoss ermöglicht jungen Menschen, demokratische Prozesse kennenzulernen. Sie lernen, wie Politik funktioniert, wie man Anliegen formuliert und Entscheidungsprozesse ablaufen. Denn wünschen wir uns nicht alle, dass junge Menschen, vielleicht sogar unsere eigenen Kinder, sich früh politisch einbringen und Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen können? Und drittens, neue Perspektiven, Jugendliche bringen oft neue Ideen, andere Perspektiven mit ein. Gerade bei Themen wie Freizeitangebote, dem öffentlichen Raum, Nachhaltigkeit oder Mobilität haben sie oft wertvolle Erfahrungen und Sichtweisen. Und viertens, wie vorhin eben schon angesprochen, niederschwelliger Zugang. Der Jugendvorstoss ist bewusst einfach gestaltet. Eine schriftliche Einreichung mit kurzer Begründung sowie eine Liste der Unterzeichnenden genügt. Zudem werden die Jugendlichen durch den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung unterstützt. Dadurch bleibt der Prozess klar, strukturiert und für junge Menschen eben sehr gut zugänglich. Und fünftens, eine wichtige Signalwirkung. Mit der Einführung des Jugendvorstosses senden wir auch ein klares Signal an die Generation, dass Worb die Anliegen junger Menschen ernst nimmt. Der Jugendvorstoss ist deshalb eine sinnvolle und unkomplizierte Erweiterung unserer demokratischen Strukturen. Er fördert politische Bildung, stärkt die Beteiligung junger Menschen und bringt neue Ideen in unsere Gemeinde. Deshalb unterstützen die Grünen und ich die Einführung des Jugendvorstosses.

Gasser Thomas, FDP: Es freut mich sehr, so ein bisschen als frisch gebackener Parlamentarier auch gerade einmal hier vorne zu stehen und ein Votum zu halten, weil ehrlich gesagt bin ich aufgeregter gewesen, als ich gedacht habe, denn es ist nicht das erste Mal, dass ich vor Leuten rede, aber es ist trotzdem halt ein Schritt. Ich bin, sage ich jetzt, nicht mehr der Jüngste, schon 36, aber gehöre vielleicht trotzdem noch ein bisschen

zum jüngeren Kader sozusagen und darum freut es mich auch sehr, hier ein kurzes Votum halten zu können. Ja, die Politik lebt vom Engagement. Es beginnt aber nicht erst im Stimmrechtsalter, sondern auch schon früher. Junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihre Anliegen früh in einem politischen Prozess einzubringen. Die FDP-Worb hat daher im Februar 2024 eben genau die Motion eingereicht, dass Jugendliche in der Gemeinde Worb einen schriftlich begründeten Vorstoss einreichen sollen und dürfen. Mit diesem Jugendvorstoss schaffen wir ein pragmatisches Instrument. Jugendliche können Themen aufgreifen, die sie direkt betreffen. Sie finden Gehör, wenn sich das Parlament anschliessend damit auseinandersetzt. Gleichzeitig bleibt aber klar, dass die demokratischen Entscheidungsstrukturen bestehen bleiben. Es freut mich besonders, dass sich auch Jugendliche mit ausländischen Staatsbürgerschaften an diesem Prozess beteiligen können. Für die FDP ist es wichtig, dass die politische Beteiligung mit Eigeninitiativen verbunden ist. Die Erhöhung der Anzahl Jugendlichen von 20 auf 40 Jugendliche stellt für uns aber auch gar kein Problem dar. Vielmehr zeigt es, dass unser Anliegen schlussendlich tatsächlich einen nachhaltigen Rückhalt bei unseren Jugendlichen hat. Der Jugendvorstoss stärkt das politische Interesse von jungen Menschen, ohne unsere Institutionen zu überlasten. Er ist damit ein sinnvoller, ausgewogener Schritt, um die politische Kultur in unserer Gemeinde zu fördern und weiterzuentwickeln. Die FDP-Fraktion unterstützt daher die Vorlage und empfiehlt sie anzunehmen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Bereits seit ein paar Jahren findet im Oberstufenzentrum Worb jährlich ein sogenannter Politparcours statt. Ich persönlich habe dort, wenn ich mich richtig erinnere, wahrscheinlich jedes Mal mitgemacht und ich kann also hier gerade verkünden, es würde mich auch freuen, wenn ich auch das nächste Mal wieder gefragt würde, weil es Spass macht. Der Kontakt mit den Jugendlichen hat mir immer wieder gezeigt, dass die Politik zwar in dem Alter nicht zuoberst auf der Prioritätenliste steht. Aber es gibt doch bei vielen Jugendlichen durchaus Ansätze, sich mit Politik auseinanderzusetzen und genau dort kommen jetzt wir ins Spiel. Unsere Aufgabe ist es, die Jungen für die Politik zu motivieren, ihnen Möglichkeiten zu schaffen, Werkzeuge in die Hände zu geben, damit sie sich politisch entwickeln können. Leider ist der Jugendrat offensichtlich ein bisschen eine zu grosse und auch zu aufwendige Einrichtung für unsere Jungen. Der Jugendvorstoss ist dort viel einfacher und unkomplizierter angedacht und das gefällt uns. Die 40 Unterschriften, die es braucht für so einen Vorstoss, ist für uns genau die richtige Grösse. Es ist wichtig, dass die Jungen lernen, dass man nicht jedes einzelne persönliche Kleinbegehren anmelden kann. Aber sie sollen doch auch sehen, dass wenn man sich zusammentut für ein grösseres Begehren, man durchaus etwas erreichen kann. Was auch wichtig ist, ist, dass man einen solchen Jugendvorstoss nicht auf die Schweizer Bürgerrechte beschränkt. Das ist übrigens etwas, das ich im Politparcours gelernt habe. Menschen in diesem Alter tun gut daran und fangen auch an sich Gedanken über Nationalitäten und Bürgerrechte oder einfach gesagt, woher komme ich und wohin will ich irgendwann mit der Zeit kommen, zu machen. Wenn ich in die Welt hinausschaue, und zurzeit kommt mir die Welt wirklich manchmal ein bisschen dunkel vor, dann stelle ich doch fest, dass gerade diese Vorlage ein wirklich leuchtendes Beispiel dafür ist, was mit unserem schweizerischen, hervorragend installierten politischen System und vor allem auch mit unserer direkten Demokratie, für uns Bürger und auch für die Jungen drin liegt und möglich ist. Ein dickes Ja von der SVP-Fraktion für den Jugendvorstoss.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 35 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 27 Abs. 1 Bst. a der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 und Art. 51A der Geschäftsordnung des Parlaments vom 13. November 2000 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

- a. zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2026:
 1. Die Änderung der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb wird genehmigt.
 2. Vorbehalten bleibt die Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern.
 3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.
- b. in eigener Kompetenz:

Die Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel "Einführung Jugendvorstoss" wird als erfüllt abgeschrieben.

Stellvertretung im Parlament; Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über die Abstimmungen und Wahlen: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten

Sitzung Nr. 438	Datum 16.03.2026	Traktandum 5	Beschlussnummer 2025/28-84	Geschäftsnummer 37594	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Bieri Marianne, GPK: Die GPK hat auch dieses Geschäft geprüft. Es ist auch nachvollziehbar und die Unterlagen sind komplett. Die GPK hat keine Anmerkungen und beantragt dem Parlament, das Geschäft zu behandeln.

Hodler Adrian, SP: Die SP-Fraktion unterstützt im Grundsatz die Einführung dieser Stellvertretungsregelung im Parlament und wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung dieser Vorlage. Im Entwurf der Botschaft sind die wesentlichen Argumente für eine Stellvertretungsregelung aufgeführt. Insbesondere soll durch diese Regelung die Attraktivität der Lokalpolitik gesteigert werden. Wer beispielsweise wegen Militärdienst, Mutterschaft, Auslandsemester oder allenfalls wegen einem Unfall seine Prioritäten für einen beschränkten Zeitraum anders setzen muss oder setzen will, der oder die soll nicht dazu gezwungen werden, das Parlamentsmandat darum aufgeben zu müssen. Das stärkt die Vereinbarkeit von politischem Amt und der Lebensrealität. Diese Flexibilität kann dazu beitragen, dass sich jemand eher dazu bereit erklärt, sich in der Gemeindepolitik zu engagieren. Und wir wissen ja alle, wie schwierig es ist, genügend motivierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamentswahlen zu finden. Gleichzeitig wird durch die Stellvertretungsregelung sichergestellt, dass die Parteien auch während einer längeren Abwesenheit eines Parlamentsmitglieds mit der gleichen Anzahl Sitzen im Parlament vertreten bleiben. Aus meiner Sicht ist das ein Plus für die Demokratie, wenn die Parteien während der ganzen Legislatur gemäss ihrer Wählerstärke vertreten sind und in dem Sinn keine Stimmen verloren gehen. Die Lösung, die der Gemeinderat vorschlägt, finden wir grundsätzlich sehr gut. Der Gemeinderat übernimmt die Regelungen, die sich in anderen Parlamenten bewährt haben. Die Mindest- und die Höchstdauer der Stellvertretung und der Weg, wie die Stellvertreterinnen beziehungsweise die Stellvertreter bestimmt werden, erscheinen uns angemessen. Wir sind auch damit einverstanden, dass die Gründe für eine Stellvertretung nicht einzeln aufgeführt werden. Ich unterstelle uns allen, dass wir alle reif genug sind, um selber zu entscheiden, in welchen Fällen wir von dieser Regelung allenfalls Gebrauch machen wollen. Insbesondere, das steht in der Botschaft ja auch, wenn man eine abschliessende Liste von Gründen aufführen würde, wäre ja zuerst einmal nicht klar, wer darüber entscheiden würde, ob jetzt im konkreten Fall der Grund für die Stellvertretung vorliegt oder nicht und was je nachdem zu zusätzlichem Aufwand führen könnte, falls es da noch irgendwelche Beschwerdeverfahren oder etwas geben müsste. Einzig was die Konsequenzen der Abwesenheit von Parlamentsmitgliedern, die auch noch im Büro des Parlaments oder in einer parlamentarischen Kommission sitzen angehen, haben wir noch Fragezeichen. Wir haben darum einen Rückweisungsantrag formuliert. Ihr habt den bei euch auf dem Tisch. Ich wiederhole jetzt nicht im Detail, was dort drinsteht. Ich denke, es ist relativ ausführlich und detailliert beschrieben, um was es geht. Zusammengefasst kann man sagen, dass es uns darum geht, zu verhindern, dass die parlamentarischen Kommissionen wegen der Stellvertretungsregelung bzw. wegen längeren Abwesenheiten lahmgelegt werden können. Wie wir im Rückweisungsantrag auch schreiben, bestehen verschiedene Möglichkeiten, wie das Anliegen umgesetzt werden könnte. Es erscheint uns deshalb sinnvoll, vertieft abklären zu lassen und beispielsweise zu prüfen, ob allenfalls noch weitere Reglementsbestimmungen angepasst werden müssten. Wir wollen in dem Sinn keine Schnellschüsse machen und jetzt unkoordiniert an der jetzigen Vorlage herumbasteln. Darum bitte ich euch, den Rückweisungsantrag zu unterstützen, damit man das vertieft anschauen kann. An dieser Stelle ist es mir noch wichtig zu betonen, dass es bei diesem Rückweisungsantrag nicht darum geht, die Vorlage an sich zu kritisieren oder dass sich der Antrag gegen die Arbeit des Gemeinderates oder der Verwaltung richten würde. Es geht uns einfach darum, die möglichen Probleme in der Zukunft zu vermeiden. Merci für die Aufmerksamkeit und ich danke schon für eure Unterstützung.

Bigler Markus, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sind grossmehrheitlich gegen eine Stellvertreterregelung im Parlament und das aus folgenden Gründen: Mit einer Vertretungszeit von mindestens drei Monaten kann von

der Stellvertreterin bzw. dem Stellvertreter keine kompetente politische Arbeit geleistet werden. Es gilt sich vielmehr in die politische Tätigkeit einer Gemeinde hineinzuarbeiten, Kompetenz zu erlangen und aus unserer Sicht damit auch verbunden das Ziel eine solche Tätigkeit über längere Zeit auszuüben. Eine solche Regelung öffnet Türen und Tor für "Teilzeitpolitiker", ein Jekami, ein Kommen und Gehen, wie es gerade so passt. Der administrative Aufwand, vor allem beim Ratssekretär, würde doch beträchtlich steigen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine Stellvertreterlösung sehr selten beantragt worden wäre.

Stucki Daniel, FDP: Vielleicht als erstes eine Bemerkung zu den Aussagen der SVP vorhin. Nach dieser Aussage konstatiere ich, dass alle, die noch nicht drei Monate hier im Parlament sind, nicht kompetent sind, ihre Aufgaben auszuführen. Ich stehe für Pragmatismus und klare Regelungen bezüglich dieser Stellvertretung. Wer jemand in einer Funktion vertritt, der soll doch auch mit allen Rechten und Pflichten von dieser ausgestattet sein. Darum stelle ich hier folgenden Änderungsantrag zum Art. 39a Abs. 4 der neuen Gemeindeordnung. Der Satz "Sie können aber nicht ins Büro oder in Kommissionen des Parlaments gewählt werden." soll gestrichen werden. Somit würde die Stellvertretung also alle Funktionen von dieser Person, die hier im Parlament ist, egal ob sie im Büro des Parlaments sitzen oder in einer Kommission beinhalten und nur so könnte 100-prozentig eine Stellvertretung sichergestellt werden.

Jost-Pfister Catharina, Mitte/GLP: Ich habe nicht viel zu sagen. Adrian Hodler hat vorhin schon ein bisschen viel erzählt, das wiederhole ich jetzt nicht noch einmal. Die Mitte/GLP-Fraktion steht grundsätzlich diesen Stellvertretungen positiv gegenüber. Aber uns ist es wichtig, dass die begründet sind und dass die Begründung Hände und Füsse hat. Wir sehen davon ab, dass das kontrolliert wird, weil im Kindergarten sind wir, glaube ich, nicht und wir haben alle ein verantwortungsvolles Amt hier und wir gehen davon aus, dass wir alle wissen, dass man nicht einfach plötzlich ein paar Wochen frei nimmt, weil man einfach nicht mehr da an Sitzungen kommen will, dass wirklich Gründe vorliegen. Man kann ja auch mal krank werden, kann man nichts dazu tun, habe ich bei mir gesehen, das heisst noch lange nicht, dass man zurücktreten will. Man kann schwanger werden, kann man auch nicht viel dazu tun, hätte ich bald gesehen, oder man geht ins Militär. Aber was wir nicht sehen, eben wie ich vorhin schon gesagt habe, dass man einfach plötzlich keine Lust mehr hat, jetzt kommt man einfach mal ein paar Monate nicht. Aber wir gehen davon aus, das wissen wir alle, wir haben Verantwortung übernommen, dem Volk gegenüber. Eine Rückweisung finden wir sinnvoll, dass man das in Ruhe noch einmal überarbeiten kann.

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Die Grüne-Fraktion ist für die Stellvertretungssysteme in Worb, und zwar aus folgenden Gründen: Ein Stellvertretungssystem in Worb verbessert die Vereinbarkeit von Politik mit Beruf, Familie und Care-Arbeit. Es verbessert bzw. erleichtert politisches Engagement für Eltern, junge Menschen und Personen mit Betreuungsaufgaben. Es senkt somit Hürden für die Kandidaturen und stärkt die politische Beteiligung. Es fördert ein diverseres und repräsentativeres Parlament, mehr Frauen, junge Menschen und unterschiedliche Lebensrealitäten. Es stärkt die demokratische Repräsentation, weil die Stimmen der Wählerinnen und Wähler auch bei längerer Abwesenheit vertreten bleiben. Es verhindert, dass politische Stimmen über Monate verloren gehen, zum Beispiel bei Elternzeit, Krankheit oder Ausbildung. Es stärkt das Milizsystem, weil politische Arbeit besser mit anderen Lebensbereichen vereinbar wird. Es ermöglicht mehr Beteiligung und politische Erfahrung für Personen auf den Wahllisten und fördert damit den politischen Nachwuchs. Es sorgt dafür, dass gewählte Mehrheitsverhältnisse im Parlament erhalten bleiben. Es orientiert sich an bewährten Modellen anderer Gemeinden wie Bern, Biel/Bienne, Köniz und Muri bei Bern. Und somit setzt es ein zeitgemässes Signal für eine inklusive und familienfreundliche Lokalpolitik. Aus all diesen Gründen unterstützen wir das Stellvertretungssystem.

Federer Guido, SP: Ich stelle einen Antrag auf einen Sitzungsunterbruch und zwar vor dem Schlusswort des Gemeinderates. Dann könnten wir uns nachher auch noch einmal äussern zu unseren Überlegungen zum Beispiel zum Änderungsantrag der FDP.

Beschluss zum Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

(Sitzungsunterbruch gemäss Ordnungsantrag von Guido Federer. Dieser dauert von 20.34 bis 20.44 Uhr. Der Protokollführer.)

Hodler Adrian, SP: Wir schätzen zwar den Blickpunkt der FDP, dass man da allenfalls eine pragmatische Lösung finden könnte. Wir sehen aber den Änderungsantrag, dass man einfach diesen Satz streicht, kritisch, weil es immer noch ein gewisses Spannungsverhältnis zu anderen Reglementsbestimmungen geben wird, die insbesondere sagen, dass das Parlament Mitglieder von GPK, ASK und weiteren parlamentarischen Kommissionen wählen und da wären wir immer noch eher dafür, dass wir das noch einmal zurückweisen und vertieft abklären, dass man dann eine saubere Lösung hat. Darum werden wir an unserem Rückweisungsantrag festhalten.

Stucki Daniel, FDP: Ich sehe eure Bedenken selbstverständlich, aber ich will einfach Politik machen und darum halte ich an diesem Änderungsantrag fest und wir schauen jetzt mal, was passiert. Ich bin gespannt.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Der Vorhang geht auf und das Theater fängt an, würde ich fast ein bisschen sagen. Ich oder wir von der SVP-Fraktion können die Gründe, warum so eine Stellvertreterlösung sinnvoll sein kann, absolut nachvollziehen. Wenn wir aber dann eben nicht beschlussfähig sind, an so einer GPK-Sitzung, weil Mitglieder fehlen, meine Damen und Herren, da müssen wir uns selber an der Nase nehmen. Wir müssen uns selber an der Nase nehmen und wir müssen die politische Arbeit grundsätzlich ernst nehmen und wir müssen die Kommissionen besuchen. Also ich appelliere da eigentlich auch ein bisschen an die Disziplin von jedem Einzelnen. Politik ist nicht irgendetwas, wo man einmal an einem Tag ein bisschen machen kann und nachher wieder nicht mehr. Es soll ein bisschen Kontinuität haben und wenn es Kontinuität hat, dann kann ich garantieren, dann ist die Qualität auch besser von dieser Politik. Also jetzt, wir werden weiterhin das Geschäft ablehnen, wo wir gar nicht einverstanden sind, ist mit dem Änderungsantrag der FDP. Also ich bin selber langjähriges Mitglied von der ASK. Und ich glaube, ich rede hier auch für andere Mitglieder von parlamentarischen Kommissionen, wenn ich sage, es ist dann dort schon noch wichtig, dass man auch dort ein bisschen Kontinuität hat, dass man eine politisch qualitativ hohe Arbeit leisten kann. Und darum ist es für uns ausser Frage, dass man Stellvertretungslösungen so aufbaut, dass man für drei Monate. Parlamentarische Kommissionen besetzt mit oder auch nicht mit Stellvertreterlösungen. Wir sehen dort ganz klar ein längerfristiges Engagement in diesen Kommissionen und auch im Büro. Darum werden wir den FDP-Änderungsantrag ablehnen. Wir sehen aber auch laut den Voten, dass grundsätzlich irgendwann, wenn nicht heute, dann später die Vorlage durchkommen wird. Das ist auch der Grund, warum wir den Rückweisungsantrag der SP jetzt unterstützen werden, aber ich möchte hier noch einmal deutlich gesagt haben, wir wollen eine Lösung oder wir wünschen uns eine Lösung, wo grundsätzlich alles geregelt ist, wie das die SP so will, aber nicht mehr aufgetan wird, damit man irgendwie eine parlamentarische Kommission oder auch Büros besetzen kann mit nur dreimonatlichen Lösungen. Und darum bin ich jetzt hier noch einmal nach vorne gekommen. Also wenn wir dem Rückweisungsantrag zustimmen, dann ist natürlich in diesem Zusammenhang die Erwartung, dass man dort die Vorlage nicht mehr öffnet.

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Also, dann sagen wir auch noch etwas dazu, und zwar finden wir, dass der Änderungsantrag der FDP nicht nötig ist und der Rückweisungsantrag auch nicht, weil wir denken, es gibt eigentlich Möglichkeiten, wie man sonst eine Lösung finden könnte, zum Beispiel in einer GPK. Da könnte man auch via Zirkularbeschluss etwas festlegen. Das haben wir nämlich letzten November so gemacht. Wir haben zwar kein Sitzungsgeld dafür bekommen, aber wir waren nachher trotzdem beschlussfähig und konnten etwas zusammenbringen. Und solche Lösungen gibt es auch. Also es ist nicht ein Grund, einen Rückweisungsantrag zu machen oder irgendetwas in der Ordnung wegzunehmen.

Hodler Adrian, SP: Ich möchte nur noch kurz etwas zu meinen Vorrednern sagen. Also zuerst einmal als Präsident der ASK möchte ich mich bei Hans Ulrich bedanken für deine lobenden Worte zu dieser Kommission. Und zu dem, was Myriam gesagt hat, das geht leider einfach nicht, weil wenn man Art. 39a Abs. 5 liest, "Während der Dauer der Stellvertretung ruhen die Rechte und Pflichten des vertretenen Mitglieds", also da sehe ich gar nicht, wie man da irgendetwas im Zirkularverfahren beschliessen könnte, also ausser wenn man es gegen das Gesetz machen würde, aber das hoffen wir ja nicht.

Cetin Mayk, EVP: Jetzt mache ich ein bisschen Politik. Wir haben lange darüber diskutiert, wollen wir das unterstützen, wollen wir es annehmen, wir haben Vor- und Nachteile. Es gibt tatsächlich auch Gründe, Catharina hat vor allem ihre Gründe gesagt, die Krankheit ist vor allem so ein Thema, das kann man sich nicht auswählen. Darum haben wir gesagt, die Vorlage, so wie sie ursprünglich dargelegt ist, könnten wir unterstützen. Obwohl wir auch für Kontinuität sind. Aber jetzt noch die Kommissionen reinnehmen und dann noch das Büro des Parlaments im Wissen, dass es doch etwas braucht für das, für das sind wir eher nicht zu haben. Von dem her würden wir die Vorlage unterstützen, wie sie ursprünglich in den Rat gekommen ist, so wie doch Myriam gesagt hat, aber die beiden Anträge würden wir zurückweisen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Also es geht ja hier um den Grundsatz, dass man zukünftig eine Stellvertretung zulassen soll und das ist eine recht bedeutende Frage und sie erfordert eine hohe demokratische Legitimation und muss entsprechend in der Gemeindeordnung, früher in der Gemeindeverfassung, sein. In der Gemeindeordnung und im Reglement über die Abstimmung und Wahlen abgebildet sind und beides braucht bekanntlich für eine Änderung die Zustimmung des Stimmvolks und eigentlich hätten wir die Zustimmung von diesem Stimmvolk jetzt mal in einem ersten Schritt abholen wollen. Einfach so haben wir gedacht. Das heisst aber überhaupt nicht, dass in diesen beiden Dokumenten in den beiden wichtigen Dokumenten sämtliche Fragen behandelt werden, die da im Zusammenhang mit der Stellvertretung noch anfallen. Eben, ich werde noch darauf zurückkommen. Gemäss Abs. 4 steht ja, dass die stellvertretenden Parlamentsmitglieder grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie die gewählten Mitglieder haben, aber sie sollen weder ins Büro noch in die GPK noch in die ASK gewählt werden. Das ist der Punkt, der jetzt hier den Rückweisungsantrag ausgelöst hat. Aus unserer Sicht ist es so, dass die Einarbeitung in die Aufgaben und in die Dossiers dieser Gremien halt auch ein bisschen Zeit braucht. Du hast vor einer dreimonatigen Lösung gesprochen, Hans Ulrich. Es ist tatsächlich ein bisschen speziell, wenn dann die da auch noch dort drin sein sollten. Darum schliesst man die einmal von dem aus. Aber es ist auf keinen Fall so, dass die Sitze dann in dieser Zeit verweist bleiben werden. Das Parlament muss einfach bestimmen, wer die Sitze neu besetzt. Es muss bestimmen, welche geeignete Person es ist, um in dieser Zwischenzeit in der ASK oder in der GPK zu sitzen oder mitzuarbeiten. Und wie die Wahl passiert, wird eben nicht in der Gemeindeordnung festgehalten, sondern in der Geschäftsordnung des Parlaments. Das ist ein bisschen tiefer angesiedelt. Und wie das funktioniert, haben wir heute schon einmal durchgespielt, nämlich dann, als Guido Federer gewählt wurde als Ersatz für den ersten Stimmzähler. Die Fraktion hat einfach jemanden vorgeschlagen und das Parlament hat nachher gewählt. Und Guido hat da jetzt den ganzen Abend schon Stimmen zählen können. Also etwas, das nicht problematisch ist, das absolut lösbar ist. Zum Rückweisungsantrag der SP, grundsätzlich ist es so, die Regelungen, die die SP vermisst, die gehören nicht in die Gemeindeordnung, die gehören auch nicht in das Reglement über die Abstimmung und die Wahlen, das ist etwas, das auf Stufe Geschäftsordnung im Parlament geregelt werden muss. Und die Anpassung der Geschäftsordnung, die liegt tatsächlich jetzt noch nicht vor. Aus unserer Sicht hätte man das machen können, wenn das Stimmvolk Ja gesagt hätte zu der Stellvertretungslösung, aber wenn ihr dem Rückweisungsantrag zustimmt, dann werden wir den natürlich ausschaffen und nachher alles zusammen vorlegen, das ganze Päckchen. Das ist absolut problemlos möglich. Das können wir machen, es ist einfach in dem Papier, das dann geregelt wird, wie das passieren wird und ich wiederhole mich, es wird etwa gleich vorgeschlagen werden, wie eben ein Stimmzähler ersetzt wird, wenn jemand nicht da ist. Also wenn ihr daran festhaltet, also wenn ihr dem Rückweisungsantrag zustimmen werdet, dann werden wir das ganze Päckchen vorbereiten, euch vorlegen, aber der Abstimmungstermin, so wie er angedacht ist der 14. Juni, der ist natürlich dann nicht möglich. Das ist völlig klar. Und selbstverständlich ist es dann auch so, dass dann auch gerade die Abstimmung über den Jugendvorstoss halt auch verschoben wird, weil wir einfach ein Päckchen bringen wollen mit beiden Sachen. Das ist nicht etwa ein "töipelen" von unserer Seite, sondern einfach, dass wir das so ein bisschen an einem Block bringen. Also, ich wiederhole aus unserer Sicht ist die Rückweisung nicht nötig. Wir legen die Geschäftsordnung zu gegebener Zeit auf, erklären, wie die Ersatzwahl stattfinden soll. Das geht problemlos, aber wenn ihr an der Rückweisung festhaltet, dann kommt halt einfach eben nicht das ganze Päckchen schon vor die Abstimmung. Ist das gut so?

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Aufgrund des Schlusswortes des Gemeinderates beantrage ich noch einmal einen Sitzungsunterbruch für die Beratung.

Beschluss zum Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

(Sitzungsunterbruch gemäss Ordnungsantrag von Hans Ulrich Steinmann. Dieser dauert von 20.57 bis 21.01 Uhr. Der Protokollführer.)

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Ja, Politik kann anstrengend sein. Ich danke euch für den Sitzungsunterbruch. Wir haben uns noch einmal beraten und haben entschieden, aufgrund des Votums des Departementsvorstehers, dass wir auch den Rückweisungsantrag jetzt ablehnen.

Marthaler Matthias, SP: Ja, wir sind nicht ganz einverstanden mit dem, was du vorne gesagt hast. Wir verstehen das Mechano, dass das vielleicht das falsche Reglement ist, aber unserer Meinung nach hätte man es dann wie beim Jugendvorstoss ausgearbeitet als Entwurf schon bringen können, dann wäre das am saubersten gewesen. Und ordnungspolitisch hätte es für uns, es ist einfach nicht ganz rund, es stimmt nicht, es gibt Widersprüchlichkeiten. Wir haben jetzt aber innerhalb der Fraktion, also mehrheitlich, aber nicht ganz vollständig entschieden, dass wir bereit wären, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen. Ja, und dann will ich noch etwas sagen zu dem, was vorne gesagt worden ist. Vorhin ist das Wort Teilzeitpolitiker gekommen. Ich muss trotzdem noch etwas dazu sagen, das nervt mich. Im ersten Moment hatte ich riesige Freude, was ihr gesagt habt zu diesem Jugendvorstoss. Das war super, genial. Das hat mir richtig Freude gemacht. Und nachher kommen wir mit den Teilzeitpolitikern, gerade die Partei, die uns eigentlich schützen will vor Berufspolitikern, also das heisst, wir machen das alle nebensächlich, wir machen das alle freiwillig und wir sind alle keine Profis. Wir sind einfach engagierte Leute hier drin, die sich einsetzen für unsere Gemeinde, nicht immer gleicher Meinung sind, aber am Schluss alle das Herz am rechten oder meinetwegen am linken Fleck für die Gemeinde haben. Einfach, den mit dem Teilzeitpolitiker finde ich nicht ganz richtig, weil sonst müssten wir nach den Wahlen zuerst drei Monate warten, bis wir abstimmen können, wenn wir zuerst das Mechano lernen müssen.

Stucki Daniel, FDP: Ich habe Freude, ich habe Freude. Das ist Politik, genau das und genau das gefällt mir hier drin oder man kann diskutieren, man kann Meinung ändern, auch während dem laufenden Prozess und aufgrund von all diesen Aussagen, die jetzt gemacht wurden, ziehen auch wir unseren Änderungsantrag zurück.

Hodler Adrian, SP: Ich bin halt der Querschläger in unserer Fraktion, der an diesem Rückweisungsantrag festhalten wollte. So wie es jetzt ist, haben wir ja wieder das Problem, das wir am Anfang moniert haben. Es ist ja nicht gelöst. Es gibt halt dann irgendwelche Vakanzen in den parlamentarischen Kommissionen. Wenn es so ist, wie wir vom Gemeindepräsidenten gehört haben, dass wir dann nachher noch die Geschäftsordnung anpassen, dann muss ich sagen, dann ist die Vorlage ein Flickwerk. Dann kann ich persönlich nicht ganz nachvollziehen, warum man dann eine Änderung in der Gemeindeordnung vorschlägt und nachher einfach ein Reglement herauspickt, aber bei anderen dann noch nichts macht. Aber vielleicht ist das einfach halt meine Krankheit als Jurist.

Marthaler Matthias, SP: Wir ziehen unseren Rückweisungsantrag zurück.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 26 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 27 Abs. 1 Bst. a und von Art. 50 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 und Art. 51A der Geschäftsordnung des Parlaments vom 13. November 2000 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

a. zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2026:

1. Die Änderung der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb und des Reglements über die Abstimmungen und Wahlen werden genehmigt.
 2. Vorbehalten bleibt die Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern.
 3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.
- b. in eigener Kompetenz:
Die überparteiliche Motion der FDP- und SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Vertretungssystem GGR, Stärkung der Demokratie" wird als erfüllt abgeschrieben.

"Gemeindekommunikation", einfache Anfrage der Mitte/GLP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 438	Datum 16.03.2026	Traktandum 6	Beschlusnummer 2025/28-85	Geschäftsnummer 40006	Archivnummer 12/50/1
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-------------------------

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der Mitte/GLP-Fraktion mit dem Titel "Gemeindekommunikation" wird Kenntnis genommen.

"(Familiäre) Kinderbetreuung in Worb"; Interpellation der Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 438	Datum 16.03.2026	Traktandum 7	Beschlusnummer 2025/28-86	Geschäftsnummer 39923	Archivnummer 41/82
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Mosimann Heidi, Grüne: Die Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die rechtlichen Ausführungen, vor allem mit Blick auf die Zuständigkeiten des Kantons, mögen ja korrekt sein und wahrscheinlich auch nachvollziehbar. Unseres Erachtens versteckt sich aber der Gemeinderat hinter den kantonalen Regelungen. Es fehlt uns die Auslotung des Gemeindespielraums. Unseres Erachtens besteht die Gemeindepolitik nicht nur aus Zuständigkeiten, sie besteht auch aus Haltungen, Ideen und einem gewissen Weitblick. Der scheint uns im Worb im Bereich der Familien im Moment ein bisschen zu fehlen. Die familiäre Kinderbetreuung wird in der Antwort zwar als gesellschaftlich bedeutend dargestellt, trotzdem würde sie aber gleichzeitig vollständig in den privaten Raum verwiesen. Genau hier liegt für uns ein Widerspruch. Die Realität ist auch in Worb anders, wie zum Beispiel das klassische Beispiel einer Kollegin zeigt. Sie hat für die Kinder Teilzeit gearbeitet, also beruflich und auch persönlich zurückgesteckt. Kinder, die jetzt nebenbei AHV-Beiträge für alle zahlen und nicht nur für sie. Und sie hat sich auch wieder frühzeitig pensionieren lassen, um ihre Enkelkinder betreuen zu können. Der Staat und die Gesellschaft profitieren also von ihrer Gratisarbeit, ohne dass ihr Engagement in irgendeiner Form auch finanziell anerkannt wird. Bei der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen hat man zunehmend anerkannt, dass Care-Arbeit gesellschaftliche Relevanz hat und neue Wege gesucht werden müssen und zum Teil auch gefunden wurden. Wir sollten zumindest offen diskutieren können, ob das nicht auch für die Kinderbetreuung gelten könnte. Die Antwort des Gemeinderates betont vor allem Hürden, Risiken und Kosten. Was wir vermissen, ist der politische Wille, die Frage überhaupt mit einem gewissen Weitblick weiterzudenken. Niemand, auch wir von den Grünen, verlangen nicht eine sofortige Einführung eines neuen Systems, aber wir würden zumindest Bereitschaft erwarten, gesellschaftliche Entwicklungen aufzunehmen, Impulse zu setzen und sich auch auf kantonaler Ebene in diese Richtung einzubringen. Mit der jetzigen Haltung würde das wahrscheinlich kaum der Fall sein. Familienpolitik ist Zukunftspolitik. Ich denke, da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Die Zukunftspolitik fängt aber nicht mit der Frage an, was nicht geht, sondern mit der Frage, was möglich sein könnte. In diesem Sinn verstehen wir auch unsere Interpellation als Einladung für euch alle, in diese Richtung weiterzudenken.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der Grüne-Fraktion mit dem Titel "(Familiäre) Kinderbetreuung in Worb" wird Kenntnis genommen.

Andy Marchand
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 22. Juni 2026

Jürg Bigler
Sekretär